

Aus Bund und Ländern

Angst vor Krebsregister unbegründet

BONN. Die Deutsche Krebshilfe hat an Krebspatienten appelliert, ihre Krankheitsdaten zu Forschungszwecken zur Verfügung zu stellen. Die Sorge vor einem Mißbrauch der Daten sei völlig unbegründet. Das neue Bundeskrebsregistriergesetz sehe lediglich eine Erfassung der Krankheitsdaten vor. Personengebundene Informationen würden dagegen so verschlüsselt, daß diese von Unbefugten nicht zu lesen seien. Das Gesetz, das von den Bundesländern bis 1999 umgesetzt werden muß, setzt eine Zustimmung des Patienten zur Erfassung in diesem Register voraus.

Um ein solches Krebsregister nutzen zu können, sei eine Teilnahmequote von über 90 Prozent notwendig, so die Organisation. Datenbanken dieser Art existieren im Bundesgebiet derzeit nur im Saarland. afp

Berufsverband: Frauenärzte müssen sich neu orientieren

SCHWARZENFELD. Die demographische Entwicklung fordert eine Neuorientierung im Fachgebiet Gynäkologie, erklärte der Präsident des Berufsverbandes, Dr. Armin Malter, bei einer Tagung in der Oberpfalz. Seit Jahren steigt die Zahl der berufstätigen Gynäkologen kontinuierlich an: Ende 1995 waren in Deutschland 9 329 Frauenärzte niedergelassen, 3 769 waren im Krankenhaus beschäftigt. Demgegenüber gingen die Geburtenzahlen laufend zurück. Kamen 1970 in Deutschland noch mehr als eine Million Kinder zur Welt, so waren es 1994 nur noch knapp 770 000.

Die Inhalte des Fachgebietes müßten sich daher, so Malter, in Richtung menopausale und geriatrische Versorgung verlagern. An-

ders seien die traditionell hohen Fallzahlen der Frauenärzte bei sinkender Geburtenzahl nicht zu halten. Laut Malter werden sich die Gynäkologen in Zukunft verstärkt auch mit den rechtlichen Rahmenbedingungen ihres Fachgebietes auseinandersetzen müssen. JS

Gesetzesrahmen für Fixerstuben gefordert

FREIBURG. Der Deutsche Caritasverband hat in einem Schreiben Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) aufgefordert, möglichst rasch den gesetzlichen Rahmen für die sogenannten „Fixerräume“ zu schaffen.

Es müsse klargestellt werden, daß staatlich genehmigte Konsumräume für Drogenabhängige zur Einnahme von Drogen unter kontrollierten hygienischen Bedingungen nicht unter die Strafandrohung des Paragraphen 29 Betäubungsmittelgesetz fallen. Damit wäre, so der Caritasverband, der Weg frei für die Ausweitung eines Hilfeangebotes, das unmittelbar der Verelendung der Drogenabhängigen entgegenwirkt und Todesfälle verhindern kann. EB

Krankenhäuser: Verfahren verlängern

DÜSSELDORF. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V. (DKG) hat sich, übereinstimmend mit den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherung, an das Bundesgesundheitsministerium gewandt mit der Bitte, im Rahmen einer fünften Änderungsverordnung zur Bundespflegesatzverordnung das geltende Erlösabzugsverfahren wenigstens um ein Jahr zu verlängern. Die unsichere Rechtslage in der

Vergangenheit und die zum 1. Januar 1998 auf die gemeinsame Selbstverwaltung von Krankenkassen und Krankenhausträgern zukommenden zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Sonderentgelte und Fallpauschalen im Krankenhaus ließen keine Aktionsmöglichkeiten, so DKG-Hauptgeschäftsführer Jörg Robbers. Für die Krankenhäuser, die sich bereits auf die Kostenausgliederung vorbereitet haben, besteht im Pflegesatzrecht allerdings eine Optionsmöglichkeit. HC

Pflegekasse: Mehr Leistungen für Kinder gefordert

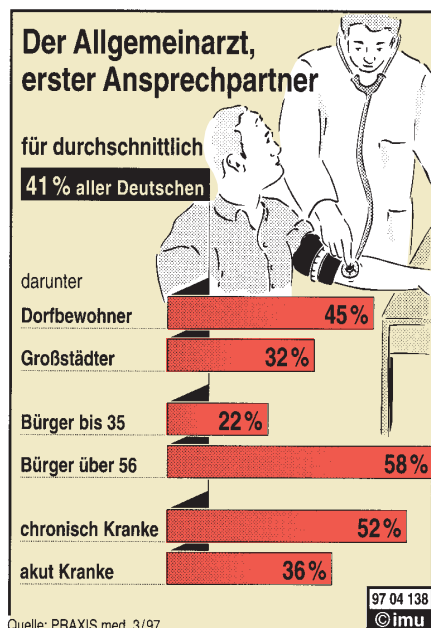
AACHEN. Der Bundesverband Herzranke Kinder (BVHK) hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem offenen Brief aufgefordert, chronisch kranken Kindern und Jugendlichen einen definierten Platz in der Pflegeversicherung einzuräumen. In Zusammenarbeit mit den medizinischen Fachgesellschaften sollten bundesweit einheitliche Kriterien erarbeitet werden, nach denen die Pflegebedürftigkeit bewertet werden könne. Schwer chronisch kranke Kinder und Ju-

gendliche, lautet der Vorwurf des BVHK, würden nicht angemessen mit Leistungen aus der Pflegekasse bedacht. Von den etwa 7 000 Kindern, die jährlich in Deutschland mit einem Herzfehler geboren würden, seien derzeit fünf bis zehn Prozent inoperabel. Die Mehrzahl dieser Kinder sei pflegebedürftig. Auch herzerkrankte Kinder seien teilweise auf eine aufwendige Pflege angewiesen. SG

Broschüre: „Ärztliche Kooperationen“

KÖLN. Für niederlassungswillige, aber auch für bereits niedergelassene Ärzte hat der NAV-Virchowbund, Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands, eine Broschüre „Ärztliche Kooperationen“ herausgegeben.

Es werden Themen wie Praxis-, Apparate- und Laborgemeinschaft, Gemeinschaftspraxis, Praxisklinik, Partnerschaftsgesellschaft, Kooperationsgemeinschaft oder Dauerassistent: Alternative zur ärztlichen Kooperation behandelt. Weitere Themen sind: Vernetzte Praxen, Gründung und Zusammenarbeit der ärztlichen Kooperation sowie Auflösung der Kooperation. Die Broschüre kann bezogen werden beim NAV-Virchowbund, Postfach 10 26 62, 50466 Köln, Telefon 02 21/ 9 73 00 50, Fax 7 39 12 39. EB



Für 41 Prozent der Deutschen ist der Hausarzt erster Ansprechpartner in Krankheitsfällen. In Hessen haben die Kassenärztlichen Vereinigung und die AOK ein „Hausarztmodell“ gestartet. Ziel ist es, die Qualität der hausärztlichen Versorgung zu verbessern, ein Gesundheitsmanagement zu entwickeln und einen Hausarzt-Qualitätszirkel aufzubauen.